



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 18. Oktober 2021
(OR. en)

12819/21

ENER 423
ENV 748
COMPET 708
TRANS 599
CONSOM 219
IND 281
ECOFIN 988

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: 12682/21

Betr.: Die Auswirkungen steigender Energiepreise und mögliche Maßnahmen auf nationaler Ebene und Ebene der EU
– Gedankenaustausch

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Hintergrundvermerk des Vorsitzes im Hinblick auf die außerordentliche Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)) am 26. Oktober 2021.

Hintergrundvermerk des Vorsitzes**Außerordentliche Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)) am
26. Oktober 2021**

Am 13. Oktober 2021 hat die Kommission die Mitteilung „Steigende Energiepreise – eine „Toolbox“ mit Gegenmaßnahmen und Hilfeleistungen“ vorgelegt, um der wachsenden Sorge der EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie der Unternehmen angesichts des derzeitigen Anstiegs der Energiepreise Rechnung zu tragen. In der Mitteilung wird eine rasche und koordinierte Reaktion gefordert. Es werden die Hauptursachen des Anstiegs, seine Auswirkungen und mögliche künftige Trends bei den Energiepreisen dargelegt und den EU-Mitgliedstaaten eine Reihe möglicher Maßnahmen vorgeschlagen. Diese „Toolbox“ umfasst kurz- und mittelfristige Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten ergreifen könnten, um die negativen Auswirkungen der hohen Energiepreise zu mindern, sowie koordinierte Maßnahmen, die die Kommission mittelfristig ins Auge fasst, insbesondere um für eine bessere Vorsorge und größere Resilienz im Energiesektor der EU zu sorgen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen liegen größtenteils im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Die Kommission schlägt vor, die Maßnahmen mit den Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems zu finanzieren, Abgaben und Steuern auf Energie zu verringern und mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbare staatliche Beihilfen zu leisten. Nach Auffassung der Kommission sollten die möglichen Lösungen weder den Energiebinnenmarkt der EU noch die laufenden Bemühungen um eine Dekarbonisierung der Wirtschaft beeinträchtigen.

Mittelfristig werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien, Systemintegration (mit größerer Flexibilität und Speicherkapazität), Gebäudesanierung und Energieeffizienz als Teil der Lösung betrachtet, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Resistenz gegenüber der globalen Preisvolatilität zu stärken. Die Kommission ist auch bereit, mit Unterstützung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) die Vor- und Nachteile der derzeitigen Gestaltung des Stromgroßhandelsmarktes zu prüfen und auf eine Verbesserung der Funktionsweise der Endkundenmärkte hinzuarbeiten. Die Kommission ist ferner bereit zu prüfen, ob es möglich ist, eine strategische Erdgasreserve der EU aufzubauen, den Zugang zu Speicherkapazitäten zu verbessern und das Energiesystem der EU widerstandsfähiger zu machen, indem unter anderem eine etwaige freiwillige gemeinsame Beschaffung von Erdgasreserven in Erwägung gezogen wird.

Die Mitgliedstaaten werden ersucht, auf der Grundlage der von der Kommission vorgeschlagenen „Toolbox“ einen Gedankenaustausch über die beiden folgenden Fragen zu führen:

1. Wie könnten die Sofortmaßnahmen der Mitgliedstaaten zur Minderung der Auswirkungen der steigenden Energiepreise auf die Bürgerinnen und Bürger der EU und die Unternehmen durch Maßnahmen auf EU-Ebene unterstützt und ergänzt werden?
2. Reichen die von der Kommission vorgeschlagenen mittelfristigen Maßnahmen nach Ansicht der Mitgliedstaaten aus, um der Herausforderung künftiger Energiepreisschwankungen zu begegnen? Welche weiteren Maßnahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten, einschließlich des Einsatzes von EU-Finanzinstrumenten, könnten in Betracht gezogen werden?
